

Bericht

des Generalsekretärs der CDU Deutschlands,

Hermann Gröhe MdB

Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands
Hermann Gröhe MdB

Herr Präsident! Liebe Angela Merkel! Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Die Stadt Leipzig steht in besonderer Weise für die friedliche Revolution, für den Freiheitswillen der Menschen in der ehemaligen DDR. Die Stadt Leipzig ist aber auch ein guter Ort, um über Europa zu diskutieren und europapolitische Entscheidungen zu treffen; denn sie gehören zusammen: Die Friedensgebete in der Nikolaikirche und an so vielen anderen Orten in der ehemaligen DDR, das schriftstellerische und das politische Wirken von Vaclav Havel, die Predigten von Johannes Paul II und die durch sie inspirierten Reden des Arbeiterführers Lech Walesa sowie das mutige Volk der Ungarn, das zuerst den Eisernen Vorhang durchschnitten hat. Das alles ist Europa.

(Beifall)

Diese Menschen und diese Ereignisse stehen für das, was Europa ausmacht: die großartige Idee der Freiheit, der Menschenwürde, eine menschliche Gesellschaft. Seit ihrer Gründung ist die CDU für diese Ideale konsequent eingetreten. Deshalb lehnen wir jeden Extremismus entschieden ab. Die jetzt offenbar gewordenen rechtsextremistischen Verbrechen verurteilen wir auf das Schärfste. Wir sagen dem braunen Terror den entschiedenen Kampf an, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Die friedliche Revolution konnte auch deshalb Erfolg haben, weil die CDU stets an der deutschen Einheit festgehalten hat. Wir standen zum Wiedervereinigungsgebot unserer Verfassung. In gleicher Weise stehen wir zum Auftrag unseres Grundgesetzes, Deutschland möge – ich zitiere – „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen“. Wir sind die deutsche Europapartei.

(Beifall)

Wir nehmen die Sorgen und die kritischen Anfragen der Menschen ernst, wenn es um augenblickliche Entwicklungen in Europa geht. Ja, wir stellen uns diesen Fragen. Aber antieuropäischen Stimmungsmachern und den groben Vereinfachern treten wir in aller Klarheit entgegen.

(Beifall)

Denn gerade Deutschland hat diesem Europa viel zu verdanken. Manches davon ist uns so selbstverständlich geworden, dass wir kaum noch daran denken. Für junge Leute in Deutschland ist Krieg im Herzen Europas gar nicht mehr vorstellbar. Welch ein Segen, Welch ein Erfolg der europäischen Idee. Doch schon auf dem Balkan sehen wir: Auch in Europa gibt es noch heute die Alternative zwischen gewaltbareitem Nationalismus und europäischer Integration. Europa ist und bleibt ein großartiges Friedensprojekt, und doch geht es heute um noch mehr. Es geht darum, ob wir unsere Art zu leben, zu arbeiten und zu wirtschaften, global verankern und behaupten können. Es geht darum, ob wir unsere gemeinsame europäische Überzeugung von freiheitlicher Demokratie und pluralistischer Gesellschaft, von Sozialer Marktwirtschaft und nachhaltigem Wirtschaften behaupten und damit einen starken Beitrag weltweit zur Meisterung großer Herausforderungen leisten können.

Europa – das ist gerade heute ein großes Zivilisationsprojekt, und viele Menschen in aller Welt richten ihre Hoffnungen auf dieses Europa. Ja, verlieren wir nicht an nationaler Souveränität, wenn wir Europa stärken? Diese Frage, meine ich, führt in die Irre; denn in einer Welt mit über 7 Milliarden Menschen, in der sich die wirtschaftlichen und politischen Gewichte verschieben, stellt sich die Frage ganz anders. In ganz wichtigen Politikfeldern können wir Souveränität nur gemeinsam wahrnehmen oder nicht. Wir stärken unser Gewicht durch gemeinsames Handeln. Das ist die angemessene Antwort auf die Souveränitätsfrage im Zeitalter der Globalisierung. Ein starkes Europa und ein starkes Deutschland gehören für uns untrennbar zusammen.

(Beifall)

Nehmen wir nur die Regulierung der Finanzmärkte. Hier stößt nationales Handeln schnell an Grenzen, ist häufig die Euro-Zone gleichsam die kleinste Einheit für wirksames Handeln, ringen wir um gemeinsame europäische Positionen, um diese dann international durchsetzen zu können.

Unser Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft. Zu ihr gehört ein starker Ordnungsrahmen. Doch noch immer gibt es nicht zuletzt in den USA und in Großbritannien die Illusion, ungebremste Finanzmärkte stärken die wirtschaftliche Entwicklung. Dabei erleben wir doch, welche zerstörerischen, ja selbstzerstörerischen Kräfte ungebremste Finanzmärkte haben können. Das muss ein Ende haben. Die Wirtschaft muss den Menschen dienen.

(Beifall)

Deshalb treten wir für die notwendigen Regulierungen und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ein. Dabei wollen wir eine Vorreiterrolle der Euro-Zone. Aber regelt Europa nicht zu viel? Auch in unseren Reihen wird in der Tat diese Frage gestellt. Wer in mächtigen Politikfeldern mehr Europa fordert, tut gut daran, zu betonen, dass er es mit dem Gedanken der Subsidiarität ernst meint. Wir haben in Deutschland gute Erfahrungen mit einer dezentralen politischen Ordnung, mit kommunaler Selbstverwaltung und starken Ländern. Wir wollen ein starkes Europa, das seine Stärke und seine Akzeptanz daraus gewinnt, dass es sich auf seine zentralen Aufgaben konzentriert. Wir brauchen, um im Bild zu bleiben, starke Leitplanken, aber weniger Verkehrsschilder. Wir brauchen verbindliche Verabredungen zum Wohle aller, aber weniger Regulierungswut im Detail. Unser Ziel ist die Politische Union Europas.

(Beifall)

Die nächste Etappe auf diesem Weg ist die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion. So bewältigen wir die Schuldenkrise, und so ziehen wir die richtigen Lehren aus ihr. Ja, aber warum geht es dann nur schrittweise voran? Wir alle kennen diese Frage, den Wunsch nach einer schnellen und umfassenden Regelung. Doch

diese ist nicht zu haben, geht es doch um die Korrektur einer jahrzehntelangen Fehlentwicklung.

Die Staaten Europas – mit Blick auf die USA kann man wohl sagen: die westlichen Demokratien insgesamt – müssen aufhören, durch massive Verschuldung auf Kosten der Zukunft zu leben. Die Risiken des Lebens auf Pump sind überdeutlich geworden. Die Lage in Griechenland hat den Blick in den Abgrund gezeigt. Entschiedenheit und Besonnenheit sind gefragt.

Wer einen hohen Berg erklimmt, tut gut daran, gemeinschaftlich zu handeln, Schritt für Schritt zu gehen und jeden Schritt abzusichern. Wer dem Ruf „Schnell, schnell!“ folgt, der landet schnell im Abgrund.

Ich bin froh, dass unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel entschieden und besonnen handelt. Ihrer politischen Führung in dieser Krise vertrauen die Menschen in unserem Land und in Europa. Viel Erfolg weiterhin auf diesem Weg!

(Beifall)

Klare Prinzipien leiten dabei unsere gemeinsame Politik. Wir packen das Übel an der Wurzel und beenden die Politik übermäßiger Verschuldung in Europa. Wir stärken die Wettbewerbsfähigkeit gerade der schwächeren Euro-Staaten. Wir bekennen uns zur Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und zur klaren Trennung von Geld- und Finanzpolitik. Denn mit der Druckerpresse lassen sich Verschuldensprobleme nicht lösen. Mit unserer Politik der konsequenten Haushaltskonsolidierung im eigenen Land und der Schuldenbremse im Grundgesetz gehen wir mit gutem Beispiel voran. Wir fordern eine Schuldenbremse in jedem Euro-Staat. Es gibt bemerkenswerte Fortschritte auf diesem Weg.

Die SPD, liebe Freundinnen und Freunde, hat nichts begriffen. Erst vor wenigen Wochen hat die Parteilinke wörtlich erklärt – Zitat –: „Die Schuldenbremse ist ein Angriff auf die Handlungsfähigkeit des Staates.“ Zocken auf Kosten kommender Generationen, das ist das Politikkonzept der SPD. Wer so verantwortungslos

handelt, der sitzt auf den Bänken der Opposition gerade richtig. Mit diesen Schuldenmachern ist kein Staat zu machen.

(Vereinzelt Beifall)

Wer so redet, hat kein Recht, groß von Sparsamkeit zu reden, wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern mit der Anhebung des Grundfreibetrages und dem Abbau der kalten Progression etwas geben, was ihnen zusteht, und inflationsbedingte Steuererhöhungen vermeiden. Die dagegen von Herrn Gabriel angekündigte Klage ist nichts anderes als ein Prozess gegen die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben den Stabilitäts- und Wachstumspakt gestärkt und setzen diesen Weg fort. Rot-Grün hat viermal gegen die Defizitgrenze des Maastrichter Vertrages verstoßen und anschließend seine Regeln aufgeweicht. Mit dieser verantwortungslosen Politik und der Aufnahme Griechenlands in die Euro-Zone haben sie maßgeblich zur jetzt zutage getretenen gefährlichen Schuldenkrise beigetragen. Wir haben die europäischen Stabilitätsregeln deutlich verstärkt und wollen diesen Weg durch eine Verankerung dieser Regelung in den vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union konsequent fortsetzen. Wir stehen für europäische Solidarität, die wirklich hilft. Deshalb wollen wir keinen Schuldenclub. Wir wollen eine Stabilitätsunion, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wissen um den Nutzen des europäischen Binnenmarkts für unser Land und um den Euro und seinen Nutzen. 40 Prozent unserer Exporte gehen in die Euro-Zone. Der Euro stärkt unsere Wirtschaft und die politische Stabilität in Europa. Deshalb haben wir mit der EFSF einen Rettungsschirm für den Euro gespannt, einen Rettungsschirm aber auch für den kleinen Sparer, der sein Geld in Pensionsfonds oder Lebensversicherungen angelegt hat. Wir stärken den Euro auch, um das Ersparte der Menschen in unserem Land zu schützen.

Wir haben erfolgreich durchgesetzt, dass europäische Solidarität und konsequente eigene Anstrengung stets zusammengehören müssen. Wie wichtig das ist, zeigen die jüngsten Entwicklungen nicht zuletzt in Griechenland. Das Prinzip „Hilfe und Gegenleistung gehören zusammen“ wird auch den dauerhaften Stabilitätsmechanismus, den sogenannten ESM, prägen. Zugleich wird es mit den Instrumenten dieses ESM die Möglichkeit geben, überschuldete Staaten in kontrollierbaren Schritten zu sanieren. Mit den von uns vorgeschlagenen Vertragsänderungen wollen wir dies weiter verstärken. Wenn Hilfen des ESM und die damit zwingend verbundenen eigenen Anstrengungen nicht ausreichen, wird dem entsprechenden Staat in einem geordneten Verfahren zur planmäßigen Entschuldung ein EU-Staatskommissar an die Seite gestellt, der die Umsetzung der erforderlichen Restrukturierungsmaßnahmen sicherstellt.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, wir haben die Kraft, Europa gestärkt aus der Krise zu führen. Denn wir haben es in unserem Land gezeigt: Deutschland geht es heute so gut wie lange nicht. Das ist der entscheidende Maßstab für unsere Politik.

(Vereinzelt Beifall)

Als Rot-Grün regierte, betitelte die britische Zeitung „Economist“ einen Artikel über Deutschland: „Der kranke Mann Europas“. Heute bewundert man in vielen Teilen der Welt die wiedererlangte Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Die wirtschaftliche und politische Stärke unseres Landes setzt auf seine politische Führung. Darauf können wir wahrlich gemeinsam stolz sein, liebe Freundinnen, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Ich freue mich auf eine intensive Diskussion über unsere Leitantrag „Starkes Europa – gute Zukunft für Deutschland“. Intensive Diskussionen zeichnen eine lebendige Volkspartei aus. Der CDU geht es um Positionen; der SPD geht es eher um Posten. Bei der SPD setzen sich die Kandidaten in Positur, am liebsten in Talkshows oder bei der Präsentation eigener Bücher, mal mit, mal ohne Schachspiel. Wenn dieses Kandidatencasting von Herrn Gabriel moderne Parteiarbeit sein soll, dann wenden

sich die Menschen zu Recht erschreckt davon ab. Parteiarbeit zum Wohle unseres Landes sieht wahrlich anders aus, liebe Freundinnen, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Bei den Grünen geht es eher einmal um die Sache, meistens um die Sache, gegen die man gerade ist. Doch wer vor allen Dingen von Antistimmungen lebt, scheitert schnell an der Wirklichkeit – und sei es an 3,2 Kilometern Stadtautobahn in Berlin. Nun ist der Katzenjammer bei den Hauptstadtgrünen groß. Sie sind so zerstritten, dass sie jetzt sogar offiziell eingeräumt haben, dass sie einen Schlichter brauchen. Aus der Dagegenpartei ist eine Jeder-gegen-jeden-Partei geworden. Da ist es gut, dass die Union in Berlin Verantwortung für die Hauptstadt übernimmt, dass Vernunft wieder eine Chance hat, liebe Freunde!

(Beifall)

Lieber Frank Henkel, wir wünschen alles Gute auf den letzten Metern zum Koalitionsvertrag und dann viel Erfolg bei der Arbeit für eine gute Zukunft Berlins.

(Vereinzelt Beifall)

Mit euch, lieber Frank, freuen wir uns darüber, dass die Dunkelroten aus der Regierung geflogen sind. Wer SED-Unrecht schönredet und Mauer und Schießbefehl relativiert, der gehört in die Opposition.

(Beifall)

Nach dem Geburtstagsgruß von Löttsch und Ernst für den Genossen Castro reisen die beiden wahrscheinlich demnächst nach Nordkorea, um dort ein Geburtstagsständchen für Kim Jong Il zu singen. Mich wundert es jedenfalls nicht, wenn wir sie demnächst in Pjöngjang sehen, liebe Freunde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ja, wir hatten in diesem Jahr auch schmerzhaft Niederlagen zu verdauen. Wir haben lebhaft darüber diskutiert, wie wir die CDU wieder stärker machen können. Wir haben das auf sechs

Regionalkonferenzen mit über 7 000 aktiven Mitgliedern unserer Partei diskutiert. Mich hat beeindruckt, wie auch sehr kritische Anmerkungen geprägt waren von der Leidenschaft für unsere Union, für die Politik und unsere Grundüberzeugungen. Es sind diese aktiven Mitglieder, ihre Ideen, ihre Mitarbeit, ihre Verankerung in unserer Gesellschaft, die unseren Charakter als Volkspartei ausmachen. Deshalb stellen wir diese aktiven Mitglieder in den Mittelpunkt unserer neuen Neumitgliederwerbemaßnahmen. Schauen Sie sich beim Eingang dieses Messebereiches die starken Plakate dieser Aktion an. Es sind zwölf aktive Frauen und Männer in der CDU, zwölf starke Gründe, in unserer Volkspartei mitzuarbeiten.

(Beifall)

Wir wollen die Arbeit unserer Aktiven vor Ort bestmöglich unterstützen. Deshalb haben wir eine Organisationsanalyse der Kreisgeschäftsstellen durchgeführt und gefragt, wie wir unser Serviceangebot weiterentwickeln sollen. Wir haben den Mitgliedern zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten geboten. Wir haben beispielsweise erstmalig im Rahmen der Erarbeitung dieser Leittraktate den Mitgliedern die Gelegenheit gegeben, im Internet Vorschläge für unsere bildungspolitische und unsere europapolitische Beschlussfassung zu machen.

Über 500 Anregungen zur Bildungspolitik und über 100 Anregungen zur Europapolitik zeigen, dass dieses zusätzliche Angebot, mitzuarbeiten, angenommen wird. Was gibt es Wertvolleres, Lohnenderes, als unter der Überschrift „Bildungsrepublik Deutschland“ darüber zu diskutieren und daran zu arbeiten, was wir alles dafür tun können, Kindern und Jugendlichen beste Chancen auf Bildung zu ermöglichen. Wir müssen für jedes Kind die beste Ausbildung erreichen.

Unsere bewährten Grundsätze sind dabei klar. Wir stehen für ein leistungsorientiertes, ein differenziertes und ein durchlässiges Schulsystem. Linke Pläne für eine Einheitsschule lehnen wir entschieden ab. So etwas gibt es mit uns nicht.

(Beifall)

Wir stehen für die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung. Ein hochqualifizierter Ausbildungsabschluss ist uns genauso viel wert wie das Abitur. Wir setzen auf frühkindliche Förderung, die Stärkung der Familien und auf lebenslanges Lernen. Mit diesen Grundüberzeugungen wollen wir das nächste Jahrzehnt gestalten, die vor uns liegenden Aufgaben im Bereich der Bildungspolitik meistern: die dramatisch sinkenden Schülerzahlen, die Herausforderungen einer besseren Integration von Kindern aus Zuwandererfamilien sowie die wachsende Internationalisierung unserer Wissensgesellschaft. Wer könnte das besser als die CDU, die in zahlreichen nationalen und internationalen Vergleichsstudien eindrucksvoll ihre bildungspolitische Kompetenz unter Beweis gestellt hat? Wir sind die Partei für exzellente Bildungschancen in diesem Land.

(Beifall)

Meine Damen! Meine Herren! Um die Anwendung bewährter Grundsätze auf neue Herausforderungen, um Kompass und Kontext geht es auch bei der Netzpolitik. Wie bringen wir den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung, Marktwirtschaft und rechtlichen Ordnungsrahmen im Internet zur Geltung? Wie gewährleisten wir Freiheit und Sicherheit, den Schutz der Privatsphäre und die innere Sicherheit? Wie gleichen wir unterschiedliche Interessen fair aus? Ein erster Bericht des von mir eingesetzten Arbeitskreises „Netzpolitik“ liegt auf diesem Parteitag vor. Er zeigt, dass wir uns diesen Fragen stellen. Ja, wir werden dazu noch manche strittige Diskussion in den eigenen Reihen führen. Aber ich bin sicher: Wir werden auch auf diesem wichtigen Politikfeld zu guten Ergebnissen kommen. Es geht um Grundsatztreue und Modernität.

Um die Grundsatztreue ist es übrigens bei den „Piraten“ nicht so weit bestellt. Die reden zwar andauernd von Transparenz, haben aber nun angekündigt, ihren Server nach Island auszulagern. Das ist Stimmungsmache gegen einen freiheitlichen Rechtsstaat. Es gilt aber: Wer nichts zu befürchten hat, hat auch nichts zu verbergen, liebe Freundinnen und liebe Freunde.

(Beifall)

Bereits während unserer Regionalkonferenzen konnte man erleben, wie sehr unsere Mitglieder das Thema „gerechter Lohn“ umtreibt. Für eine christlich geprägte Volkspartei gilt, dass in einer angemessenen Entlohnung der Wert der Arbeit zum Ausdruck kommen muss. Wer Vollzeit arbeitet, muss wenigstens so viel verdienen, dass er das Existenzminimum bestreiten kann. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit liebe Freundinnen, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Intensiv haben wir dabei in den letzten Wochen darüber geredet, was dies für eine Lohnuntergrenze in einer sozialen Marktwirtschaft bedeutet. Mehr und mehr wurden dabei wichtige Gemeinsamkeiten sichtbar. Wir wollen keine weißen Flecken auf der Tarifvertragslandkarte, bei denen beliebig niedrige Löhne gezahlt werden. Wir wollen genauso wenig einen politischen Mindestlohn, festgelegt im Streit der Parteien, sondern wir wollen eine von den Tarifparteien, von Gewerkschaften und Arbeitgebern, festgelegte Lohnuntergrenze. Darin sind sich alle Anträge, die zu diesem Parteitag eingereicht wurden, einig. Diese Gemeinsamkeiten haben es uns nun ermöglicht, eine gemeinsame Position zu finden. Grundlage ist dabei das Vertrauen in die Tarifparteien, in Gewerkschaften und Arbeitgeber, dass sie sozialverträgliche und wirtschaftlich vernünftige Lösungen für eine Lohnuntergrenze finden werden. Wir schützen damit auch verantwortungsbewusste Arbeitgeber vor fragwürdiger Konkurrenz, die mit unanständigen Dumpinglöhnen Wettbewerbsvorteile herauschlagen will.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, dieser Parteitag wird über wichtige Fragen der Zukunftsfähigkeit und des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft diskutieren und entscheiden. Viele Menschen in unserem Land, ja in Europa schauen deshalb auf die Debatten in Leipzig während unseres Parteitages. Wir alle spüren, welche Erwartungen auf uns liegen, welche Verantwortung wir haben. Arbeiten wir mit ganzer Kraft für politische Lösungen, die den Menschen dienen, für Europa, für Deutschland. – Herzlichen Dank.

(Beifall)